

linksjugend ['solid] Debatte

Theoretisches Journal der Linksjugend [´solid] Ausgabe # 2

Die erste Ausgabe war ein voller Erfolg! Einige Hundert Downloads und mehrere Dutzend Bestellungen beweisen, dass in der Linksjugend [´solid] die Gründung eines authentischen Theorie Journals, welches unabhängig vom Bundessprecherrat und der Partei „Die Linke“ agiert, dringend nötig war. Die Anhäufungen von positiven Feedback machen uns nachdenklich über die Zukunft dieses Projektes: Wird es noch größer und erfolgreicher oder bleibt es so?

Wir bitten alle Leserinnen und Leser der „Debatte“, die Webseite und das Projekt weiter zu empfehlen und unbedingt bei uns die Printversionen zu bestellen, damit wir finanzielle Möglichkeiten bekommen um die „Debatte“ noch populärer zu machen.

In der heutigen Ausgabe gibt es fünf spannende und recht interessante Themen. So durften wir als erstes einen Ausschnitt aus dem Buch „Wahnsinn mit Methode“ von Sarah Wagenknecht abdrucken, in dem sie die Verschleierung der tatsächlichen Gründe, sowie deren Ursachen für die Krise erklärt. Dann legt Carsten S. Argumente zur Notwendigkeit einer fleischlosen bzw. –reduzierteren Wirtschaft dar, während Marcel K. einen kritischen Text zur Wiedervereinigung schrieb. Lukas S. erklärt den Begriff „Tätigkeit“ und wie wir ihn heute verstehen müssen. Zu guter letzt beschließt Carlo B. mit einem kritischen Kommentar zum Bildungsstreik und zur Krise die zweite Ausgabe.

Wir freuen uns auf eure Artikel und Leserbriefe, also schreibt uns!

Inhalt dieser Ausgabe

Vorwort

Seite 1

Rezession weggerechnet

Seite 2

Antikapitalismus, Umwelt & Tierrechte

Seite 9

Auferstanden aus Ruinen?

Seite 12

Was ist Tätigkeit?

Seite 15

Keine Klassen statt „kleiner Klassen“!

Seite 19

Alles andere

Seite 23

Rezession weggerechnet

Wie mit Bluff und Schwindel ökonomische Kerndaten manipuliert werden

*Sarah Wagenknecht (Mitglied bei Die Linke. und wirtschaftspolitische
Sprecherin der Linksfraktion im deutschen Bundestag)*

Die aktuelle Krise ist eben nicht nur das Werk unkontrollierter Spekulanten und geldgieriger Investmentbanker, die durch eine bessere Regulierung wieder auf den Pfad der Tugend zurückzuführen wären. Der endlose Finanzschaum speist sich aus Reservoirs, die sehr viel tiefer liegen. Er quillt aus den Lebensadern eines Wirtschaftssystems, das nur produziert und investiert, wenn die Rendite für die Kapitalgeber stimmt, und für das daher Löhne, Sozialabgaben oder auch Unternehmenssteuern nichts als lästige Kostenfaktoren sind, deren man sich nach Möglichkeit zu entledigen hat. In dieser Fixierung auf Profit statt Bedarf liegt die letzte Ursache aller Ungleichgewichte, Instabilitäten und Krisen, die selbst ein besser regulierter Kapitalismus immer wieder erzeugen wird, von einem ungezügelt und enthemmt nicht zu reden. (...)

Finanzmonopoly statt Investitionen

Wir haben (an früherer Stelle im Buch – d. Red.) gezeigt, daß das verarbeitende Gewerbe der Industrieländer bereits Mitte der siebziger Jahre mit hohen Kapazitäten und schrumpfenden Gewinnmargen zu kämpfen hatte. An dieser Situation änderte sich auch im Verlaufe der achtziger Jahre wenig, eher im Gegenteil. Die neoliberale Wende hin zu Lohndrückerei und Steuerdumping entlastete die Firmen zwar auf der Kostenseite, ergab aber umso weniger Gründe, die Produktionskapazitäten in den klassischen Massengütersektoren aufzustocken. Der forsche Eintritt japanischer (und später auch südostasiatischer) Unternehmen in den Weltmarkt machte den amerikanischen und europäischen Konzernen zusätzliche Konkurrenz und verschärfte das Problem von Überkapazitäten und schwindender Rentabilität.

In dieser Situation war zur Steigerung der Rendite nicht Kapazitätserweiterung, sondern Kapitalzerstörung angesagt. Dem dienten die zahllosen Unternehmensübernahmen und Fusionen, die immer zur Folge hatten, daß vorhandene Kapazitäten stillgelegt sowie Beschäftigte entlassen wurden und am Ende Unternehmen mit geringeren Fixkosten und weniger Konkurrenzdruck einen größeren Markt abdecken konnten.

Die erste große Übernahmewelle in den USA tobte Ende der achtziger Jahre und wurde über den boomenden Junk-Bond-Markt finanziert. Sein Zusammenbruch an der Schwelle der Neunziger löste ein massenhaftes Sterben überschuldeter Unternehmen aus und bewirkte über diesen Weg eine zusätzliche Marktbereinigung. (...) Mit der Fusionswelle der achtziger Jahre kam in den USA erstmals eine Art von Unternehmensaufkäufen in Mode, die sich in Europa in den Neunzigern ebenfalls wachsender Beliebtheit erfreute: die feindliche Übernahme. Anders als im Falle einer vom Management beider Unternehmen vereinbarten Fusion schluckt bei einer feindlichen Übernahme ein Unternehmen ein anderes ausdrücklich gegen den Willen der Betriebsleitung. (Was goldene Handschläge und Abfindungen wie die

60 Millionen, die der einstige Mannesmann-Chef Esser von Vodafone kassierte, nicht ausschließt, aber auch nicht zwingend vorsieht.) Heute sind feindliche Übernahmen nicht nur unter Unternehmen der gleichen Sparte üblich. Sie waren und sind auch eine der Formen, in der Private-Equity-Haie sich ihrer Opfer bemächtigen, und sie haben fast immer die rücksichtslose Ausplünderung und oft auch Zerschlagung des übernommenen Unternehmens zur Folge.

Ein Marktumfeld, in dem solche unfreiwilligen Übernahmen möglich sind, hat zwingende Auswirkungen auf die Prioritäten, unter denen Aktiengesellschaften geführt werden. Denn Übernahmekandidaten sind immer Unternehmen, die wegen niedriger Kurse billig scheinen, nicht solche, deren Marktbewertung über ihrem realen Vermögenswert liegt. Die Aufrechterhaltung und Pflege hoher Aktienkurse bekommt also auch aus diesem Grund einen zentralen Stellenwert. Die an sich absurde Strategie, Unternehmensaktien auf Pump zurückzukaufen, um die Kurse hochzutreiben, hat in diesem Kontext durchaus ihre Logik.

Natürlich ist die Furcht vor feindlichen Übernahmen, die nicht nur für die Beschäftigten, sondern auch für das Management unangenehme Konsequenzen haben können, bei weitem nicht die einzige Ursache für die bornierte Fixierung auf steigende Aktienkurse. Weitere Gründe sind der (...) Druck der Pensions-, Hedge- und Investmentfonds als neuer Großanleger und natürlich auch das Eigeninteresse eines durch Aktienoptionen geköderten Managements, für das steigende Kurse die wichtigste persönliche Einnahmequelle geworden sind. Aber die durchaus reale Bedrohung selbst großer Unternehmen, im Falle sinkender Marktbewertung von einem Übernahmepiraten geschluckt zu werden, spielt bei der Unterwerfung unter das Diktat der Börsenkurse in jedem Fall eine wichtige Rolle.

Aktienrückkäufe kommen bei den Shareholdern auch deshalb gut an, weil sie – zumindest in Zeiten aufstrebender Börsen – den Wert aller Aktien des betreffenden Unternehmens in der Regel um deutlich mehr erhöhen als um den Betrag, der für den Rückkauf aufgewandt wurde. Sie steigern also überproportional die Aktienrendite und damit die zentrale Meßgröße, an der sich die Attraktivität eines Aktienengagements bemißt. (...) Nüchtern vorgerechnet hat das schon in den achtziger Jahren der damalige Chef des Unternehmens General DataCom Industries: »Wenn ich zehn Prozent der Aktien zurückkaufe und damit den Gewinnanteil um zehn Prozent erhöhe, kostet das zur Zeit 6,7 Millionen Dollar. Um den gleichen Effekt durch Investitionen zu erzielen, müßte ich zehn bis fünfzehn Millionen Dollar ausgeben« (Handelsblatt, 17.11.1987).

Es versteht sich, daß die Anreize, die ein solches System setzt, zutiefst produktions- und innovationsfeindlich sind. Denn in Unternehmen, in denen immer größere Teile der – sei es aus Gewinn oder Kreditaufnahme – verfügbaren Mittel für völlig unproduktive Zwecke wie den Aufkauf fremder oder den Rückkauf eigener Aktien vergeudet werden, bleibt in der Regel nicht nur für die Erweiterung von Kapazitäten, sondern auch für Investitionen in technische Neuerungen oder Forschung und Entwicklung immer weniger übrig. So haben amerikanische Produktionsunternehmen zwischen 1984 und 1989 im Schnitt 184 Milliarden Dollar jährlich für die Übernahme anderer Firmen ausgegeben, aber weniger als die Hälfte dessen, nämlich 84 Milliarden Dollar, für Investitionen in ihr Anlagevermögen. Nur 21 Prozent der Neuverschuldung der Unternehmen wurden für investive Zwecke verwandt.

(...) In den meisten europäischen Ländern und auch in Deutschland wurden feindliche

Übernahmen und Aktienrückkäufe erst in den späten neunziger Jahren legalisiert, nahmen fortan aber auch hier erheblich zu. Mit denselben Folgen wie in den USA: Die Börsen brummen, während real immer weniger investiert wurde. Selbst die Europäische Zentralbank kommt in einer Studie aus dem Jahr 2007 zu dem Ergebnis, daß die europäischen Unternehmen, die in den letzten Jahren eigene Aktien zurückgekauft haben, im Schnitt deutlich weniger investiert haben als andere Firmen. Kehrseite und Konsequenz dieser Unternehmensstrategie ist somit ein immer höheres Kartenhaus fiktiver Werte, das sich über einer stagnierenden oder sogar schrumpfenden Produktionsbasis auftürmt.

Fiktive Gewinne

Zum Aufbau dieses Kartenhauses haben allerdings nicht nur die Käufe eigener und fremder Aktien beigetragen. Zu den Strategien der großen Konzerne, ihre Gewinne und Kapitalrenditen in dem seit Beginn der achtziger Jahre gegebenen Umfeld wieder anzuheben, gehörte eine generell verstärkte Konzentration auf Finanzinvestitionen aller Art, die höhere, schnellere und scheinbar risikofreiere Renditen zu gewährleisten schienen als mühsame Investitionen in neue Technologien oder innovative Produkte. (...)

So haben die amerikanischen Unternehmen des Nicht-Finanzsektors bereits in den achtziger Jahren nicht allein ihre Schulden erhöht, sondern zugleich damit begonnen, sich in immer größerem Umfang Finanzportfolios zusammenzukaufen, deren Zinsen, Dividenden und realisierte Kursgewinne in wachsendem Maße zum Unternehmensgewinn beitragen. Viele Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes legten sich auch reine Finanztöchter zu, und zwar nicht nur solche, die als Autobanken oder Leasinggesellschaften ihr Kerngeschäft unterstützten, sondern auch spekulationsfreudige Finanzvehikel, die mit dem eigentlichen Geschäftsfeld des Konzerns nicht das geringste zu tun hatten. Hatte die Relation von Sachkapital zu Finanzvermögen amerikanischer Produktionsunternehmen in den fünfziger Jahren noch bei vier zu eins gelegen, war im Jahr 2000 ein Gleichstand zwischen beiden erreicht.

Viele US-Einzelhandelsketten erwirtschaften mittlerweile größere Teile ihres Jahresgewinns mit den von ihnen vergebenen Plastikkärtchen und Ratenkrediten als mit den Gütern, die bei ihnen tatsächlich über den Ladentisch gehen. Die Autobauer General Motors und Ford erzielten jahrelang höhere Einnahmen mit Konsumenten- und sogar Hypothekenkrediten als mit dem Verkauf ihrer Kraftfahrzeuge. Bei dem Elektronikhersteller General Electric steuert die Finanztochter GE Capital, die in der Vergangenheit von Subprime-Hypotheken bis zu Finanzwetten in internationalen Wertpapieren nahezu kein Geschäftsfeld ausgelassen hat, seit Jahren etwa die Hälfte des Konzerngewinns bei. Von Analysten wurde das Unternehmen daher auch schon als »gigantischer Hedge-Fonds, der auch Kühlschränke herstellt« bezeichnet. (...)

Das Streben nach Wiederherstellung der Kapitalrenditen hat also nicht allein – über schuldenfinanzierte Ausschüttungen und Aktienkäufe – zum Anheizen der Kredit- und Spekulationsblase beigetragen. Vielmehr haben Produktionskonzerne und deren Anleger gleichzeitig von der Existenz der Spekulationsblase profitiert, weil auch sie immer größere Teile ihrer Gewinne statt mit der Erzeugung realer Güter mit Luftbuchungen in einer aufgeblähten Finanzsphäre erwirtschaftet haben und ihre Renditen so in einem Grade

steigern konnten, wie es allein aus der profitablen Nachfrage auf realen Märkten nicht möglich gewesen wäre.

Die Finanzialisierung der Produktionsunternehmen bedeutet also, daß auch sie an der schönen Scheinwelt fiktiver Finanzeinkommen und Gewinne teilhaben und eine statistisch wachsende Wertschöpfung etwa im verarbeitenden Gewerbe längst nicht mehr heißen muß, daß tatsächlich mehr Güter und damit auch mehr verteilter Reichtum produziert werden.

Täuschung überall

Mit dem Stellenwert der Finanzakrobatik wuchs und wächst natürlich auch die Fähigkeit, Zahlungsströme zu manipulieren, künftige Gewinne vorwegzunehmen und das Konzernergebnis hoch- oder auch runterzurechnen, je nachdem, ob es sich bei dem Adressaten um den Aktionär oder das Finanzamt handelt.

Wir haben oben gesehen, daß schon das einfache Mittel schuldenfinanzierter Aktienrückkäufe dem Unternehmen gestattet, mehr Geld an die Aktionäre weiterzugeben, als es real verdient hat. Das gleiche gilt für schuldenfinanzierte Dividendenausschüttungen, zu denen viele Firmen von den Private-Equity-Haien gezwungen wurden. In beiden Fällen werden künftige Gewinne, die erst noch erwirtschaftet werden müssen, bereits vorab verteilt. (...)

Alle diese Strategien erhöhen selbstverständlich die aktuelle Rendite im Unternehmen und tragen dazu bei, daß es von den Analysten gelobt und den Aktionären geliebt wird. Für die Stabilität des betreffenden Unternehmens ergibt sich allerdings ein doppeltes Problem: Zum einen gerät diese in akute Gefahr, wenn die vorweggenommenen Gewinne am Ende wegen eines Wirtschaftsabschwungs oder aus welchen Gründen immer gar nicht verdient werden. Dann droht der Bankrott der Firma, selbst wenn diese den Abschwung an sich ohne rote Zahlen überstanden hätte. Die jetzt beginnende Rezession beispielsweise wird wohl vielen Unternehmen, die von den Heuschrecken in hohe Schulden getrieben wurden, die Existenz kosten, obwohl diese sie sonst ganz gut hätten überleben können. Die wirtschaftliche Abwärtsdynamik wird also durch solche Konstruktionen zusätzlich verstärkt. Aber selbst wo die Gewinne stabil bleiben, kann in Zukunft natürlich nicht mehr ausgeschüttet werden, was bereits ausgeschüttet ist. Dieses Modell erzeugt also einen steten Druck, Gewinn und Rendite nicht nur konstant zu halten, sondern um jeden Preis immer weiter nach oben zu treiben.

Zum Thema Bluff, Schwindel und Manipulation gehören allerdings nicht nur die Bilanzierungskünste der Unternehmen. Ein Exkurs über die Qualität der offiziellen Daten, anhand derer immerhin über so wichtige Größen wie die Entwicklung der Produktivität oder das Wirtschaftswachstum einer Volkswirtschaft geurteilt wird, läßt sich an dieser Stelle nicht vermeiden. Der Hinweis, daß Statistiken verfälschen und mit Vorsicht zu genießen sind, ist natürlich nicht sonderlich neu und wirkt fast schon peinlich. Hier geht es aber nicht um den Normalfall statistischer Manipulation, den es schon immer und in jedem Land der Welt gab und gibt. Es geht um Datenverzerrungen in einer Größenordnung, die eine Stagnation in einen Boom umlügen können oder in einer Rezession erstaunliches Wachstum ausweisen. Es geht also um Statistiken, die die Realität in einer Weise verändern, daß die wirklichen Entwicklungen kaum noch erkennbar sind.

»Hedonische Preismessung«

Das in den Vereinigten Staaten entwickelte und inzwischen auch von den europäischen Statistikern angewandte Wundermittel, das diesen außergewöhnlichen Grad an Verfälschung ermöglicht, heißt hedonische Preismessung. Seit Beginn der modernen Volkswirtschaftsstatistik werden Daten bekanntlich zum einen nominal, also in aktuellen Preisen, und zum anderen inflationsbereinigt ausgewiesen. Das Herausrechnen des Preiseffekts soll dabei eigentlich helfen, ein realistischeres Bild der Lage zu zeichnen. Wenn eine Wirtschaft in einem Jahr nominal um zehn Prozent wächst, kann das nämlich einen respektablem Aufschwung ebenso widerspiegeln wie eine tiefe Depression. Die ganze Frage ist, ob tatsächlich zehn Prozent mehr Computer verkauft und Urlaubsreisen gebucht wurden, oder ob alles einfach nur um zehn Prozent teurer geworden ist. (...)

Unser Urteil über den Zustand einer Volkswirtschaft hängt also entscheidend von der offiziell ausgewiesenen Inflationsrate ab. Früher wurde Inflation einfach dadurch gemessen, daß ein bestimmter Warenkorb zugrunde gelegt und dessen Preisveränderung beobachtet wurde. Auch dieses Verfahren war nicht frei von Problemen, weil immer wieder neue Waren auftauchen und sich außerdem über die Jahre die Gewichte verändern. Aber im Großen und Ganzen konnte man mit den so berechneten Inflationsraten ganz gut arbeiten.

Seit den Neunzigern setzte sich in den USA ein neues Verfahren durch, eben die hedonische Preismessung. Sie erhebt den Anspruch, Qualitätsveränderungen bei der Messung der Inflation zu berücksichtigen. Wohnungen, in die mit der Zeit neue Heizungsanlagen oder bessere Wärmedämmung eingebaut wurden, dürfen also auch immer teurer werden, und ihre Mieten gelten trotzdem als preisstabil. Oder Autos, die von ABS bis Airbag immer neue Finessen enthalten, können durchaus auch zu immer höheren Preisen verkauft werden und haben trotzdem eine offizielle Preissteigerung von Null. Da die meisten Produkte ihre Gebrauchseigenschaften im Zeitverlauf verbessern, heißt das schlicht: Steigende Preise werden auf elegante Weise zum Verschwinden gebracht. Da mit den Preisen meist auch die Umsätze in den betreffenden Waren nach oben gehen, erscheint dann das gesamte Umsatzwachstum als Zunahme des realen Konsums.

Es geht sogar noch absurder: Wenn die Statistiker der Meinung sind, daß die Qualitätssteigerungen höher sind als die Preissteigerungen, übersteigt das preisbereinigte Wachstum sogar das nominale. Also angenommen, Autos werden im Jahr um fünf Prozent teuer, enthalten aber immer mehr technischen Schnickschnack, von dem die Statistiker meinen, daß er auch eine zehnpromtente Preissteigerung rechtfertigen würde. Zugleich mögen exakt so viele Autos gekauft werden wie im Vorjahr. Dann weist die hedonische Statistik eine Zunahme der realen Konsumausgaben für Kraftfahrzeuge in Höhe von zehn Prozent aus, obschon kein einziges zusätzliches Auto verkauft wurde.

Natürlich können Qualitätsverbesserungen den Lebensstandard erhöhen. Das Problem ist nur, daß sie sich nicht messen und quantifizieren lassen und die Wundertüte der hedonischen Preismessung daher Tür und Tor für die willkürlichste Manipulation der statistischen Daten öffnet. Denn wenn eine Volkswirtschaft gut dastehen soll, beispielsweise um ihre Aktien, Anleihen und Schrottpapiere attraktiv zu machen, liegt es natürlich nahe,

möglichst viele Preissteigerungen in Qualitätsveränderungen umzudeuten und so die Inflationsrate künstlich nach unten und das reale Wachstum nach oben zu rechnen. Genau davon wurde und wird ausgiebig Gebrauch gemacht.

Beispielsweise hält sich bis heute die Legende, in der zweiten Hälfte der Neunziger habe in den USA nicht nur eine Blase an den Aktienmärkten, sondern auch ein Investitionsboom im Bereich der neuen Technologien stattgefunden. Sehen wir uns die statistischen Daten über preisbereinigte High-Tech-Investitionen für diesen Zeitraum an, erfahren wir, daß diese sich innerhalb von gut zehn Jahren verfünffacht haben. Das ist eindrucksvoll und sieht tatsächlich nach Boom aus. Sehen wir uns freilich die Entwicklung der nominalen Investitionsausgaben in diesem Bereich an, schmilzt die Zunahme auf weniger als die Hälfte. Tatsächlich kommt der »Boom« im preisbereinigten Verlauf vor allem daher, daß ausgefeiltere Softwarepakete und leistungsfähigere Computer fiktiv in zusätzliche Ausgaben umgerechnet und diese auf die wirklichen Ausgaben für Computer und Software aufgeschlagen wurden.

Auch die Entwicklung der gesamten Anlageinvestitionen während der neunziger Jahre nimmt sich ohne hedonische »Preisbereinigung« deutlich bescheidener aus. Graphik 1 gibt den indexierten Verlauf (1990 = 1) der amerikanischen Anlageinvestitionen in drei verschiedenen Messungen wieder. Nominal, das heißt zu je aktuellen Preisen, »preisbereinigt« mit dem hedonischen Wunderkasten und schließlich inflationsbereinigt, indem der (freilich auch, aber nicht so stark hedonisch manipulierte) BIP-Deflator zugrunde gelegt wird. Es spricht viel dafür, daß die untere Kurve dem realen Verlauf am nächsten kommt. Die hedonische Preismessung weist die Investitionsdynamik also fast anderthalbmal so hoch aus, als sie vermutlich gewesen ist.

»Konsensboom« aus der Trickkiste

Der amerikanische »Konsumboom« der letzten 15 Jahre wird mit dem gleichen Trick gnadenlos überzeichnet. Das betrifft vor allem den Konsum langlebiger Gebrauchsgüter wie Elektroartikel, Haushaltsgeräte oder auch Einrichtungsgegenstände, die nach der allgemeinen Annahme in den zurückliegenden Jahren von den amerikanischen Konsumenten exzessiv gekauft wurden. Wir haben (...) bereits anhand der Daten des amerikanischen Consumption Expenditure Survey gesehen, daß von einem Konsumrausch der Mittelschichten in bezug auf diese Güter keine Rede sein kann. Nach der amerikanischen Makro-Statistik allerdings sind die realen Ausgaben für langlebige Gebrauchsgüter zwischen 1990 und 2004 um das Zweieinhalbfache gestiegen, was eine jährliche Wachstumsrate von über 17 Prozent ergibt. Daß allein der exzessivste Luxusrausch der oberen 20 Prozent eine derartige Steigerung zuwege gebracht haben könnte, scheint erstaunlich, denn das bedeutet, daß diese ihre Ausgaben für derlei Erzeugnisse in jedem Jahr annähernd verdoppelt haben müßten.

Aber auch hier lohnt es, genauer hinzusehen. Ein erheblicher Teil des »Booms« ist nämlich wiederum allein der hedonischen Trickkiste entsprungen. Die nominalen Ausgaben der US-Amerikaner für langlebige Gebrauchsgüter haben sich im selben Zeitraum nur knapp verdoppelt. Und da davon auszugehen ist, daß auch bei Autos, DVD-Playern, Kühlschränken und Gardinenstangen in den USA keine Preisstabilität herrschte, dürften die realen Käufe noch weit weniger zugenommen haben. Legen wir den offiziellen Konsumentenpreisindex (CPI) zugrunde, bleibt von dem wunderbaren »Boom« gerade noch eine Steigerung der

Ausgaben für langlebige Konsumgüter um 3,5 Prozent im Jahr. (Siehe Graphik 2)

Ähnlich »solide« sind übrigens auch die Daten, auf die sich die Legende vom »Produktivitätswunder« USA mit einem jährlichen Produktivitätswachstum von über vier Prozent in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre stützte. Ein Wunder dabei war höchstens, wie gut es immer wieder funktionierte, mit solchen Daten internationale Anlagegelder in US-Spekulationsblasen zu locken und damit die immer größeren Leistungsbilanzdefizite zu finanzieren. Eine jüngste Kapriole haben die hedonischen Preismesser beim Ausweis der Wachstumsdaten für das zweite Quartal 2008 geschlagen. Man erinnert sich: Baß erstaunt erfuhr die Welt, die die US-Wirtschaft längst in einer Rezession wähnte, daß selbige um propere 3,3 Prozent gewachsen war. Der Zweck, den diese Meldung erreichen sollte, erfüllte sich prompt: Die Börsen drehten ins Plus, amerikanische Aktien und auch die internationaler Exporteure waren wieder gefragt. Lange freilich hielt der Spuk nicht an. Aber daß der hedonische Wunderkasten immerhin in der Lage war, aus einer fallenden Beschäftigung, einem Rückgang der Neubauten um elf Prozent und einem Einbruch der Autoverkäufe um 25 Prozent eine volkswirtschaftliche Wachstumsrate von 3,3 Prozent hervorzuzaubern, zeigt, auf was man sich in Zukunft noch gefaßt machen kann.

Wer im übrigen bei der amerikanischen Behörde Bureau of Economic Analysis (BEA), die für die entsprechenden Statistiken verantwortlich zeichnet, höflich nachfragt, ob denn auch Inflationsdaten ohne hedonische Bearbeitung erhältlich wären, bekommt eine ebenso kurze wie barsche Antwort: »BEA does not publish that information.« Sie werden wissen, warum.

Wir wollen das Thema an dieser Stelle nicht weiter vertiefen. In jedem Fall spricht viel dafür, daß der Zustand der amerikanischen Realwirtschaft noch sehr viel schlimmer und verrotteter ist, als allgemein angenommen wird. Und für Europa, wo der hedonische Irrsinn in den letzten Jahren ebenfalls von vielen Ländern übernommen wurde, gilt in abgeschwächter Form das gleiche.

**Sahra Wagenknecht: *Wahnsinn mit Methode - Finanzcrash und Weltwirtschaft.*
Verlag Das Neue Berlin, Berlin 2008, 256 Seiten, 14,90 Euro, ISBN 978-3-360-01956-1**

Mit freundlicher Genehmigung abgedruckt.

Antikapitalismus, Umwelt & Tierrechte

Warum Fleisch die Umwelt und Leben zerstört

Carsten S. (Mitglied bei Linksjugend [´solid] und Die Tierfreunde e.V.)

Das Ausmaß der gigantischen Brutalität, mit der der Mensch gegen andere Lebewesen vorgeht, ist nur möglich in einer Welt in der aus allem Profit gemacht wird. Nur durch das kapitalistische Elend ist es zu solch unvorstellbaren Grausamkeiten gekommen.

Als Sozialisten aller Art kämpfen wir gegen Unterdrückung und Ausbeutung, die in unserer Welt schon zur Normalität geworden sind. Für uns ist die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen das Schlimmste, was es je gegeben hat. Doch wie der Mensch mit anderen Lebewesen seiner Umwelt umgeht, scheint sogar in linken Kreisen und der Arbeiterbewegung etwas Belangloses und Unwichtiges zu sein. Doch reicht es wirklich, die Ideale einer freien Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung, also eine klassenlose und herrschaftsfreie Welt auf die Menschenwelt zu beschränken?

Abgesehen vom großen Übel, welches die Viehzucht mit sich bringt, ist es doch höchst fragwürdig wie jemand der Krieg, Armut, Unterernährung, Gewalt, Ausbeutung, Unterdrückung, usw. usf. verneint und ablehnt, gleichzeitig aber andere Lebewesen systematisch heranzüchten, grausam schlachten und dann lüstern verschlingen kann.

Im Folgenden möchte ich kundtun, warum es ebenso wenig wie beim Kapitalismus (also der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen) keinen „Meinungssache“ ist wie man zur Ausbeutung und Unterdrückung von Tieren durch den Menschen steht, sondern das es objektiv notwendig ist, sich für die Abschaffung des Kapitalismus einzusetzen: Für die Menschen, für die Tiere und für die Umwelt!

Der Mensch ist ein ganz besonderes Wesen, obwohl er auch nur ein Tier ist. Er ist nicht besonders, weil er irgendetwas „göttliches“ in sich trägt oder gar „gottähnlich“ ist. Er ist etwas besonderes, weil er das einzige Lebewesen ist, welches sich und seine Umwelt geplant und gezielt verändert – durch die Arbeit. Er hat Werkzeuge, Maschinen und Werkstätte in denen er produziert. Im Laufe der Zeit hat er sich die Welt zum Untertan gemacht und kriegt jetzt nicht mehr unter Kontrolle, was er selbst geschaffen hat.

Jeder der sich aktiv für die Umwelt einsetzt und dafür konsequent einsteht, dürfte kein Fleisch essen. Denn abgesehen von der systematischen Zerstörung unserer Umwelt wegen Massen- und Überproduktion durch Fabriken und die Industrie, ist die Viehzucht das Schlimmste, was wir unserer Umwelt und den darin lebenden Tieren antun können.

Eine Milliarde Menschen auf dieser Welt hungern und kämpfen Tag für Tag um das nackte Überleben. 50 Millionen von ihnen sterben jedes Jahr, weil sie unterernährt sind, während wir hier genug hätten, um die Menschen zu ernähren. Selbst in der Arbeiterbewegung und der Linken wird nicht ausreichend geklärt, wo denn die ganze Nahrung in Form von Getreide hinkommt. Bspw. wird in der Linken nie der Zusammenhang zwischen Klimawandel und Viehzucht erschlossen.

In den letzten 50 Jahren hat sich der weltweite Fleischkonsum von 71 auf 284 Millionen Tonnen vervierfacht. Die Ernährungsorganisation der UN (FAO) vermutet bis 2050 noch einmal eine Verdopplung. Dies ist nicht nur verschwenderisch, sondern auch tödlich für Menschen, die eben an Hunger und Unterernährung leiden. Denn für 1 Kalorie in Form von Fleisch, muss an das Tier 30 Kalorien in Form von Getreide und anderen Pflanzen verfüttert werden. Dies führt aber nicht nur zur Verschwendung von Lebensmitteln, sondern zur überflüssigen Produktion und Zucht. Folge davon ist Verschwendung von Wasser und Nutzflächen. Rund 30% der (eisfreien) Erde dienen ausschließlich der Produktion von Fleisch und anderen Tierprodukten. So werden Jahr für Jahr 325.000km² Regenwald unwiederbringlich für die Viehzucht zerstört. Dies beschleunigt u.a. den Klimawandel.

Außerdem werden 90% der weltweiten Sojaernte an Kühe und andere Schlachttiere verfüttert. Würde man mit dem Getreide der Viehzucht die Menschen direkt ernähren, könnte man zehnmal so viele Menschen ernähren, wie durch den Konsum von Fleisch. Man sieht hier, was für eine Verschwendung die Viehzucht mit sich bringt. Ein weiterer Spruch sollte zum Nachdenken anregen: „Das Vieh der Reichen, frisst das Brot der Armen.“

Zu guter Letzt sei die Bedrohung der Umwelt genannt, welcher zu Folge allein 18% aller Treibhausgasemissionen der Viehzucht zugeschrieben werden können. Das macht mehr als den gesamten Verkehr auf dieser Welt aus. Zum Beispiel heizen 1,4 Milliarden Rindern bei der Abgabe von Methan jedes Jahr, die Atmosphäre so sehr auf wie zwei Milliarden Tonnen Kohlenstoffdioxid.

Für die Produktion von 1kg Fleisch werden...

...50m² Regenwald vernichtet

...16kg Getreide/Soja verfüttert

...20.000 Liter Trinkwasser verbraucht

...mehr Treibgase abgegeben, als bei 250km Autofahrt

Wir sehen also, dass die Viehzucht sowohl den Tieren, als auch der Umwelt nur Nachteile bringt. Sie wird vor allem durch die Zerstörung der Umwelt zu einer globalen Bedrohung für uns alle. Es geht hier also nicht nur um die Rechte der Tiere – welche sicherlich eine große Rolle spielen – sondern auch um unsere eigene Existenz. Jemand der dieses Bewusstsein

entwickelt hat, muss nicht automatisch von Heut auf Morgen Vegetarier oder Veganer werden, sondern kann als ersten Schritt den Fleischkonsum dramatisch senken.

Die Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen geht mit der Abschaffung des Kapitalismus einher. Die Abschaffung der Ausbeutung und Unterdrückung der Tiere durch den Menschen könnte auch im Kapitalismus geschehen, aber da die heutige Viehzucht vor allem wegen des Profits existiert, ist es Wunschdenken sie heute einfach einzustellen. Wir müssen den Kampf um eine Gesellschaft in der keine tierischen Produkte mehr konsumiert werden, mit dem Kampf um eine klassenlose Gesellschaft verbinden. Denn nur in einer Gesellschaft in der geplant und gezielt das produziert wird, was gebraucht wird, findet auch keine sinnlose Überproduktion mehr statt. Es wird nach den Bedürfnissen, nicht für Profit produziert. Und erst in solch einer Gesellschaft haben die Tiere eine Chance, als freie Individuen und Persönlichkeiten behandelt statt für den Tod geboren zu werden.

Das soll aber nicht heißen, dass wir im Kapitalismus seelenruhig Fleisch konsumieren sollten, sondern als Einzelne einen ersten Schritt in die richtige Richtung gehen müssen. Als Linke könnten wir den Menschen klar machen in welche Grausamkeiten uns dieses System gestürzt hat, dass wir systematischen Genozid an anderen Lebewesen vollziehen, nur damit eine Minderheit davon profitiert. Brechen wir damit und verändern wir die Welt!

Ausgewählte Links mit Informationen, Bildern und Videos zum Thema:

- **Die Tierfreunde e.V.**

Sehr übersichtliche Seite vom Verein der „Tierfreunde“, für welchen ich mich selbst engagiere und auch Mitglied bin. Dort bekommt ihr alles: Infotexte, Videos, Tipps, Flyer, Hefte, etc.

www.die-tierfreunde.de

- **VEG TV**

Hier gibt es viele Dokus über Tierrechte, Veganismus und Viehzuchthaltung. Wer danach noch Fleisch ist, dem ist jede Art von Empathie und Einfühlungsvermögen abzusprechen!

www.veg-tv.info

- **Das V-Heft**

Sehr bekannter Ratgeber vom Verein der „Tierfreunde“ für eine tierfreundliche und gesunde Ernährung. Außerdem gibt es dort viele Links zu Versänden, Bezugsquellen, Bücher, etc.

www.vheft.de

- **Peta (People for a Ethnical Treatment of Animals)**

Die wohl bekannteste Tierrechtsorganisation. Hier gibt es viele Kampagnen, Infos, Flyer, Aufkleber, Tipps, etc.

www.peta.de

Auferstanden aus Ruinen?

Abrechnung nach 20 Jahren BRD

Marcel Kunzmann (Mitglied bei Linksjugend [‘solid] und Die Linke.)

In diesen Wochen jährt sich die Öffnung der Grenzen der ehemals beiden deutschen Staaten zum zwanzigsten Mal. Damit setzte sich jene unheilvolle Entwicklung auch in Deutschland fort, die Jahre zuvor in der Sowjetunion begann und das gesamte sozialistische Lager zersetzte: Die DDR begann auszubluten, die sozialistische Gesellschaftsordnung war in Gefahr und der zweite deutsche Staat fand nach über 40 Jahren sein vorzeitiges Ende. Diese Entwicklung verwandelte nicht nur den Palast der Republik, wie auf unserem Titelbild zu sehen, in eine Ruine, sondern nahm den Menschen mit der DDR einen ganzen Staat, in dem es so anders zugeht als heute.

Nach Monaten des Demonstrierens und Protestierens für mehr Reisefreiheit und Luxusgüter (im Westen oft missverstanden als »für den Kapitalismus und die BRD«) erhielt die SED die Quittung für die jahrzehntelange Schiefelage ihres Kurses: Die Unzufriedenheit kochte und der Wind des Wandels wehte durch Ostdeutschland. Dass diese sanfte Brise bald ein Sturm werden würde, ein gewaltiger Tornado, der das Land um Jahrzehnte der Entwicklung und um eine ganze geschichtliche Epoche zurückwerfen sollte, ahnte noch niemand. Und auch lag es nicht in der Absicht der Demonstranten, die sich größtenteils nur eine bessere DDR erhofften, diesen Rückschritt zu wagen. Dennoch hatte nichts und niemand der geballten Kraft bundesrepublikanischer Phantasien vom »vereinigten Deutschland« etwas entgegenzusetzen. Schließlich lockte das Westgeld, die D-Mark. Zu selbstverständlich schienen den Menschen die sozialen Errungenschaften ihrer DDR, als dass sie glaubten diese verteidigen zu müssen. Und schließlich bestand die Bühne der Geschichte in jenen Tagen, wie so oft wenn es in der Geschichte rückwärts geht, zu großen Teilen aus Statisten.

Hier und heute feiern die BRD-Oberen diesen Akt der Entmündigung als »20. Jahrestag der friedlichen Revolution«, die ja gar keine wahr. Diese, so die offizielle Doktrin, brachte den Ostdeutschen »die Freiheit«. Sehr richtig: Die Freiheit wieder ihre Arbeitskraft verkaufen zu müssen, die Freiheit arbeitslos zu sein, die Freiheit BILD zu lesen, die Freiheit überall hin zu reisen - sofern man das Geld hat. Mit dieser »friedlichen Revolution« hielten wieder die Menschenrechte Einzug, heißt es. Endlich darf man wieder über seine Regierung schimpfen, schließlich ist es heute notwendiger denn je. Dass das Recht auf Arbeit, welches im Staat BRD ebenso wie das Völkerrecht mit Füßen getreten wird, auch ein Menschenrecht ist, kann dabei leicht in Vergessenheit geraten. Statt der Langeweile im Friedensstaat DDR darf man jetzt auch endlich wieder bei den Eroberungskriegen in Kosovo und Afghanistan mitfiebern. Doch was war mit jenen sozialen Errungenschaften, die damals selbstverständlich schienen, heute jedoch mancherorts undenkbar? Zu diesen Errungenschaften gehörte es, einen sicheren Arbeitsplatz zu haben, kostenlose Ausbildung, vollständige Befreiung von Studiengebühren, ein solidarisches staatliches Gesundheitssystem, gesetzlich garantierte Gleichberechtigung, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, bezahlter monatlicher Haushaltstag, uneingeschränkte Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen ohne Zwangsberatung bei Kostenübernahme durch die Sozialversicherung, staatliche finanzielle Unterstützung für junge Ehepaare und kinderreiche Familien, beispielhafte und nahezu kostenlose Betreuung

des Nachwuchses in Kinderkrippen und -gärten und schließlich ein Renteneintritt mit 60 Jahren. Mit all diesen lästigen Leistungen des Sozialismus muss sich glücklicherweise heute kein Mensch mehr herumschlagen.

Natürlich muss der Kapitalismus der das sozialstaatliche Niveau des Sozialismus erreicht erst noch gebacken werden. Genauer gesagt: Er muss erfunden werden. Denn im Interesse der Mehrheit der Menschen zu handeln widerspricht seiner grundlegenden Gesetzmäßigkeit, die nur auf die Vermehrung des Kapitals zu möglichst guten Verwertungsbedingungen abzielt. Nach dem das Gebiet der DDR teilweise deindustrialisiert wurde (Die Industrieproduktion ging 1991 im Vergleich zum Vorwendestand um 65% zurück) herrscht dort immer noch ein steter Verfall, eine Arbeitslosigkeit die noch immer im zweistelligen Bereich liegt und die niedrigste Geburtenrate Europas. Die Rückreformierung der DDR in kapitalistische Verhältnisse ist grandios gescheitert. Das Fazit: Eine ehemals solide, sich selbst tragende Volkswirtschaft wurde zum Projekt des »Solidarbeitrags«. Unserer Generation wurde jener Staat geraubt. Unserer Generation fehlt die Perspektive auf soziale Sicherheit, Befreiung von Studiengebühren und Kinderarmut. Sie fehlt uns, die DDR - manchen ohne es zu wissen. Soziale Menschenrechte? Fehlanzeige. Mitbestimmung im Betrieb? Nicht vorhanden. Dafür darf jetzt wieder über die Regierung genörgelt, am Krieg verdient und in Armut gelebt werden.

Wir haben schließlich ein Grundgesetz, das uns unsere Rechte garantiert. Doch wie sah es eigentlich mit der Verfassung der DDR aus? Interessanterweise war sie seit 1968 damit die einzige deutsche Verfassung die jemals, nach langer öffentlicher Diskussion, per Volksentscheid angenommen wurde.

Zudem wurden in ihr wesentliche Menschenrechte garantiert, von denen im Grundgesetz keine Rede ist. Doch darüber hört selten etwas. Kein Wort davon dass „der Mensch im Mittelpunkt der Bemühungen der Gesellschaft“ steht (Artikel 2), dass die „Ausbeutung des Menschen durch den Menschen für immer beseitigt“ (Artikel 2, Abs. 3), kein Wort vom gesellschaftlichen Eigentum an Produktionsmitteln (Artikel 9), vom Volkseigentum der Infrastruktur (Artikel 12), vom Schutz vor Ausbeutung und Unterdrückung (Artikel 19, Abs. 3). Doch auch so elementare und charakteristische Dinge in der DDR-Verfassung, wie das Recht auf Arbeit (Artikel 24), das Recht auf Teilhabe am kulturellen Leben (Artikel 24), das Recht auf Freizeit (Artikel 34), das Recht auf Wohnraum (Artikel 37) und von der demokratischen Mitwirkung in den Betrieben (Artikel 42) geraten leicht in Vergessenheit. Abgesehen von ihrer Durchsetzung: Faktisch wurden die DDR-Bürger 1990 mit der Ausweitung der Gültigkeit des Grundgesetzes wesentlicher Rechte beraubt. Und auch die Märchen von den »Schießwütigen Grenzern« darf man heute ruhigen Gewissens als solche bezeichnen. Das sie nach zutiefst humanistischem Charakter ausgebildet wurden, haben die Grenztruppen spätestens im Herbst 1989 bewiesen, als es zu keinerlei Eskalation kam. Obwohl dank Schabowskis Schusseligkeit eine große Zahl DDR-Bürger die unvorbereiteten Grenzer überraschten, griff keiner von ihnen zur Waffe. Es herrschte später sogar die Explizite Anordnung von Minister Mielke, es dürfe auf keinen Fall zum Einsatz von Schusswaffen kommen. Die Geschichte zeigte dann auch, dass an jenen Tagen nur Dank des besonnenen Verhaltens der Grenztruppen und der Regierung der DDR, die Sektkorken knallen konnten und kein Blut floß. Die einzigen die an jenen Tagen tatsächlich starben, waren einige Kader der SED die sich angesichts der drohenden Verluste selbst die Kugel gaben. Solche Details werden leicht vergessen, im nun wiedervereinigten Deutschland.

Stattdessen schimpft man auf die »Ossis« und ihren untergegangenen Staat. Von einer wirklichen »Vereinigung« kann da keine Rede sein. Eher von einer Rückreformation in den Kapitalismus, eine Einverleibung der DDR, eine Annexion. Doch wie drückte es einst der Dichter Peter Hacks aus?

»Die Selbstbestimmung war ein Ziel,
Ein schwer errungenes.
Zwei heile Länder sind besser
Als ein gesprungenes.«

Was ist Tätigkeit?

Lukas S. (Mitglied bei Linksjugend [‘solid] und Die Linke.)

„Tätigkeit ist, was den Menschen glücklich macht.“ Das behauptet jedenfalls Johann Wolfgang von Goethe. Im Wort des Dichtersfürsten, von dem selbst Karl Marx und Friedrich Engels sagten, er sei „der größte Deutsche, nicht nur der größte deutsche Dichter“, schallt natürlich immer eine niederschmetternde Autorität mit. Bei aller Autorität der zitierten Person sollte kein Ausspruch unreflektiert übernommen werden. Insbesondere dann nicht, wenn wie hier ein seit fast 200 Jahren toter Schriftsteller eine gewagte These zu einem so vieldeutigen und subjektiven Thema so allgemeingültig formulierte.

Neben der Frage nach Allgemeingültigkeit soll im Folgenden vor allem die Überlegung, ob das Zitat in der Ära von Krise, Klimawandel, Krieg und Kapitalismus noch zeitgemäß ist, behandelt werden.

Zunächst soll jedoch der Begriff „Tätigkeit“ definiert werden. Tätigkeit ist zielgerichtetes, menschliches Handeln. Dieses Handeln kann sowohl körperlicher als auch geistiger Natur sein. Sowohl der Mathematiker, der eine Differentialgleichung löst, oder ein Informatiker, der für ein Softwareunternehmen arbeitet, als auch der Facharbeiter der Metall- oder Elektroindustrie üben also eine Tätigkeit aus.

Eine weitere Unterscheidung muss zwischen selbstbestimmter und fremdbestimmter Tätigkeit geschehen. Fremdbestimmte Tätigkeit ist hierbei eine Arbeit, die notwendigerweise erledigt werden muss, auch wenn man selbst lieber etwas Anderes, Selbstbestimmtes tun würde. Selbstbestimmt ist eine Arbeit, die ein Mensch aus freier Entscheidung verrichtet.

Nach dieser Definition können wir das Zitat Goethes besser einordnen. Goethe war Dichter, konnte also einer selbstbestimmten Tätigkeit nachgehen. Künstlerisch-kreative Tätigkeiten, wie eben das Schreiben, das Malen, das Musizieren oder die bildende Kunst sind im Allgemeinen selbstbestimmt. Eine solche Arbeit erfüllt diejenigen, denen es vergönnt ist, sie zu betreiben meist mit einem Zufriedenheitsgefühl. Sie macht den Menschen also, wie Goethe sagt, glücklich. In einer kreativen Tätigkeit hat man die Möglichkeit, sich selbst zu verwirklichen und seine Persönlichkeit zum Ausdruck zu bringen. Vielen Menschen gelingt es durch das Ausleben ihrer Kreativität, auch Ängste, Trauer und Depressionen zu besiegen. So wird die Kunsttherapie heute, auch mit wissenschaftlichen Grundlagen aus Psychologie und Pädagogik, zur Bewältigung dieser Gemütszustände angewendet.

Auch in Goethes Biographie lassen sich Beispiele für die Möglichkeit einer „seelischen Therapie“ durch Kunst finden. Der große deutsche Schriftsteller fand häufig in der – erfüllten, als auch unerfüllten – Liebe Motive für seine Gedichte. Auch den Tod seiner Schwester verarbeitete er literarisch in der „Iphigenie auf Tauris“. Sei es das neueste Werk des Literaturnobelpreisträgers oder das mehr oder weniger gelungene Gedicht eines Laien: Auch heute sind Gefühle die wichtigste Motivation eines Schriftstellers.

Leider wird diese Möglichkeit nicht allen zuteil. Die wenigsten können hauptberuflich wirklich einer Arbeit nachgehen, zu der sie sich berufen fühlen. Auch Goethe hätte sich nicht so intensiv seiner dichterischen Tätigkeit widmen können, wenn er nicht in ein so reiches Elternhaus hinein geboren worden wäre. Obwohl inzwischen mehr Menschen Zugang zu

höherer Bildung haben, ist es heute nicht anders. Unser Bildungssystem bevorzugt von der Grundschule an Kinder der Oberschicht. Will man ein Studium der Geisteswissenschaften aufnehmen, das vielleicht dem einzelnen Menschen hilft, sich selbst zu verwirklichen, sollte man ein dickes finanzielles Polster haben. Denn die Arbeitsplätze für Geisteswissenschaftler in der Wirtschaft sind rar gesät und eine erfolgreiche wissenschaftliche Karriere mit Professur oder einer ähnlich sicheren und erträglichen Stelle eröffnet sich den wenigsten. Aus diesen Gründen studieren viele, trotz geringem Interesse, Fächer, die risikoärmer und mit besseren Einkommensmöglichkeiten verbunden sind.

Noch seltener ist Glück gegeben als Schriftsteller so erfolgreich zu sein, dieser Tätigkeit hauptberuflich nachzugehen. Die überwältigende Mehrheit der Autoren ist unveröffentlicht. Schon eine einzige Veröffentlichung bei einem Verlag, durch die in der Regel vergleichsweise wenig Gewinn für den Schriftsteller abfällt, kann als Erfolg gesehen werden. Wer weiß, vielleicht verstauben in diesem Moment einige der besten Romanwerke in den Schubladen unveröffentlichter Meister. Dies zeigt sich auch am Schicksal vieler bekannte Autoren, deren Werke zum Kanon der Weltliteratur gehören. Häufig waren selbst diese zeitlebens erfolglos und hatten um ihre Existenz bangen. Die besten Beispiele sind vielleicht Edgar Allan Poe und Herman Melville. Ersterer gilt als der Begründer der amerikanischen Kurzgeschichte und legte im 19. Jahrhundert die Grundsteine für die moderne Kriminal- und Horrorliteratur. Zudem gehen seine Werke in einer Art und Weise auf die, häufig wahnsinnige, Psyche der Protagonisten ein, dass es wegweisend für die Fortentwicklung der Literatur war. Melville schuf mit "Moby Dick" einen Roman, der als einer der besten und bedeutendsten der Weltliteratur gilt. Auch seine unbekannteren Bücher gelten als hervorragende literarische Arbeiten. Trotzdem teilten beide das Schicksal, während ihres gesamten Lebens niemals erfolgreiche Schriftsteller zu werden, und mussten sich viele Jahre lang mit anderen, stets wechselnden Arbeiten über Wasser halten. Erst posthum erfuhren ihre Werke die Würdigung, die sie verdienen.

Ein realistischerer Weg, durch seine Arbeit glücklich zu werden, ist die Selbstständigkeit. Als Selbstständiger ist man in gewisser Weise sein eigener Herr, kann also Arbeitszeit und Arbeitseinteilung frei bestimmen. Auch die Wahl der Branche ist ihm im Rahmen seiner finanziellen Möglichkeiten frei. Selbstständige können sich also hauptberuflich ihren Interessen widmen. So kann man zum Beispiel einen Laden eröffnen, in dem man Waren des eigenen Hobbys anbietet und somit auch bestimmen kann, welche Artikel ins Sortiment aufgenommen werden. Diese Freiheit und Unabhängigkeit, kurz die Selbstbestimmtheit, ist es, was Selbstständige besonders an ihrem beruflichen Leben schätzen.

Jedoch sieht die Realität häufig anders aus. Selbstverständlich gibt es auch im Leben eines Selbstständigen und Freiberuflers eintönige Tätigkeiten, wie etwa die Buchhaltung oder das Stellen von Anträgen. Außerdem können sie sich auf dem Markt nur schwer gegen die Großindustrie durchsetzen. Durch das größere Kapital und automatisierte und rationalisierte Massenproduktion kann diese zum einen ihre Produkte deutlich kostengünstiger produzieren und dadurch dann auch zu einem niedrigeren Preis anbieten. Zum anderen können große Unternehmen sich und ihr Produktangebot besser bewerben. Der Wettbewerb ist also fast nicht zu gewinnen. In einigen Branchen, insbesondere dem Einzelhandel, mag man als Selbstständiger bestehen können. Doch nicht wenige wurden in den Ruin getrieben.

Aus diesen Gründen bleibt fast allen Menschen nichts anderes übrig, als in ein lohnabhängiges Beschäftigungsverhältnis einzutreten. Aber es gibt sicherlich auch Lohnabhängige, die sich in ihrer Arbeit glücklich fühlen. Arbeitslose fühlen sich ja, wenn auch ohne Selbstverschulden, häufig nutzlos, wenn sie längere Zeit nicht arbeiten konnten. Ärzten oder Lehrern fällt es sicherlich leicht in ihrer Arbeit einen Sinn zu sehen.

Für die meisten hingegen ist ihre Arbeit nur Mittel zum Zweck, Geld zu verdienen. Sie können als Lohnabhängige zu großen Teilen nicht frei über den Zeitpunkt ihrer Arbeit und die Arbeitsweise entscheiden. Sie müssen jedoch arbeiten, um ihren Lohn bzw. Gehalt zu verdienen, um dadurch Lebensmittel, Miete, Konsumgüter usw. kaufen zu können, also ihr eigenes Leben zu finanzieren. Diese Arbeiterinnen und Arbeiter, Angestellte und Beamte haben dadurch keinerlei Verbindung zu ihrer Arbeit. Der Arbeiter in der Fabrik oder der Angestellte im Büro, die jeden Tag die gleiche, eintönige Tätigkeit machen, sehen oft keinen Zweck mehr in ihrer Tätigkeit. Muss diese Arbeit dann auch eine sehr lange Zeit, wie 40 Stunden in der Woche, verrichtet werden, kann dies ein Auslöser für Depressionen sein. Die Häufigkeit dieser Erkrankung ist deshalb in unserer heutigen Gesellschaft sehr viel größer als in vorindustriellen Zeiten.

Auch jene, die grundsätzlich ihrem Beruf gegenüber positiv eingestellt sind, werden häufig auch von ihrer Arbeit belastet. Die oben bereits erwähnten Ärzte, die ihren Beruf ausüben, um Menschen zu helfen (und dies ja auch wirklich tun), müssen zum Beispiel häufig, zusätzlich zu langen Arbeitszeiten und hoher psychischer und physischer Belastung, Nachtdienste leisten. Diese Form des abhängigen Beschäftigungsverhältnisses führt dazu, dass viele ihrer Arbeit nur nachgehen um zu *überleben* und in der Freizeit zu leben.

Dies führt uns zur gesellschaftlichen Notwendigkeit der Tätigkeit. Erst durch die Arbeit anderer wird unsere Freizeit und unser Konsum ermöglicht. Auch wenn die Arbeit nicht angenehm ist, Straßen müssen geplant und gebaut, das Feld bewirtschaftet und eben auch Luxus- und Konsumgüter produziert werden. Unser Glück ist also immer von der Gesellschaft, von unserer eigenen und der Tätigkeit anderer abhängig.

In diesem Zusammenhang ist auch das politische, soziale und ökologische Ehrenamt wichtig. Es gibt zum Glück noch Menschen, die in ihrer Freizeit sich für eine bessere Welt einsetzen. Sie sorgen dadurch, ganz im Sinne Goethes, dafür, dass sie selbst wie auch andere glücklich sind.

Das große Problem besteht hierbei, dass die, auf deren Schultern die Produktion der Konsum- und Luxusgüter ruht, meist arm sind und deswegen am wenigsten solche Güter gebrauchen können. Die Arbeiterinnen und Arbeiter, die bei den Herstellern teurer Automarken in der Produktion arbeiten, können sich keines dieser Fahrzeuge leisten.

Ein noch größeres Übel ist die Tatsache, dass unser Wohlstand und Glück, der Reichtum der westlichen Industrieländer, das Funktionieren der kapitalistischen Wirtschaftsordnung auf Ausbeutung der Natur und der Bevölkerung der Entwicklungsländer basiert. Mit praktisch jeder Tätigkeit die wir verrichten fallen als Abfallprodukte Giftstoffe, Treibhausgase, Zerstörung von Naturräumen wie dem Regenwald und eben auch menschliches Leid an. Unser Glück und unseren Wohlstands haben wir mit der Armut der Armen und der Zerstörung der Erde, der Grundlage unseres Reichtums, bezahlt.

Es wäre schön, wenn Goethe recht behalten hätte, doch in der heutigen Gesellschaft trifft das Zitat nicht zu. Er hat aber recht, dass es so sein kann. Dass es so sein sollte.

Diese Gegensätze können also nicht ewig fortbestehen. Das ist klar. Es liegt an der kommenden Generation die freie selbstbestimmte Tätigkeit und die gesellschaftlich notwendige Tätigkeit besser zu verteilen und so ein glückliches Leben für alle zu ermöglichen.

Um dieses Ziel, Glück für alle, überall zu erreichen, muss sich unsere Art zu wirtschaften grundsätzlich ändern. Wir müssen eine solidarische Form der Ökonomie finden, bei der das Glück der Menschen und nicht der Profit der Unternehmen im Vordergrund steht. Technische Fortschritte müssen dazu verwendet werden, die Menschen bei der Arbeit zu entlasten und ihnen durch die geringere Arbeitszeit, die notwendig ist, die gleiche Produktmenge zu erzeugen, mehr Freizeit ermöglichen, anstatt neue Maschinen nur zu noch mehr Überproduktion und weiterer Akkumulation von Kapital zu verwenden. Natürlich wird es noch immer unliebsame Arbeiten geben, doch durch eine Verringerung der Arbeitszeit ist es nicht nur möglich, dass sich der Einzelne frei entfalten kann, auch eine Beschäftigung aller Menschen mit einer sinnvollen Arbeit ist möglich. Wenn sich grundlegend auch die Art der Produktion ändert, wie zum Beispiel eine demokratische Betriebsführung mit allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, dann wird sich auch die Arbeit ihren Druck auf den Arbeitenden verlieren. Jeder kann durch seine eigene Tätigkeit dazu beitragen, Goethes heute noch utopischen Ausspruch zu verwirklichen.

Keine Klassen statt „kleinere Klassen“!

Kommentar zum Bildungstreik und zur Krise

Carlo B.

Die Forderungen der Streikenden, die doch nur auf „Misstände im Bildungssystem (...) aufmerksam machen“ wollten, orientierten sich nicht an der gesellschaftlichen Emanzipation, waren sie doch reformistisch, gingen sie also nicht über eine Reproduktion der kapitalen, vom Staat garantierten Vergesellschaftung hinaus.

Die Studierenden und SchülerInnen demonstrierten unter anderem gegen die Reduzierung der Schulzeit, das sozial selektierende gegliederte Schulsystem und den „Einfluss der Wirtschaft“ auf die Bildung, da diese keine Ware, sondern ein Menschenrecht sei.

Zu einer Auseinandersetzung der Bildungstreikenden damit, was es denn bedeutet, in einer bürgerlichen Gesellschaft den politischen Souverän, der mit seinem Monopol auf Gewalt Eigentum und Warenproduktion garantiert, um eine „ganz andere, bessere Bildung“ zu bitten, die sich nicht an der kapitalistischen Verwertung orientiert, ist es nicht gekommen. So war auf einem Flugblatt zu lesen: „Beendet den Einfluss der Wirtschaft auf die Schulen!“ Doch wer soll diesen beenden?

Der deutsche Staat kann es nicht sein, ist es doch eines seiner existenziellen Interessen, insbesondere da er global mit den anderen nationalstaatlich verfassten Gesellschaften um Kapital konkurriert, dass an seinen Schulen und Universitäten staatsloyale Arbeitskraftmonaden ausgebildet werden, die mehrwertproduktiv zu verwerten sind.

Die Konditionen der nationalen Akkumulation werden, materiell wie gesellschaftlich, vom Staat organisiert, so auch die der schulischen und universitären Ausbildung der Arbeitskräfte. Ob die Politik einer Regierung sozialdemokratisch, liberal oder konservativ ist, hat mit dieser basalen gesellschaftlichen Funktion von staatlichen Bildungsinstitutionen nichts zu tun.

Diese existiert in der bürgerlichen Ordnung immer, also auch ohne den bei dem Streik kritisierten direkten „Einfluss der Wirtschaft“ auf die Bildung, der sich zum Beispiel bei Privatisierungen, marktorientierten politischen Reformen und Public Private Partnerships zeigt. So hat sich eine emanzipatorische Kritik nicht nur mit dem sich an Verwertung orientierenden Bildungssystem, sondern auch mit dem gesellschaftlich bestehenden Ganzen, also mit Staat, Kapital und dem auf Exklusivität basierenden sozialen Konstrukt von Nation, auseinanderzusetzen.

Klasse für Deutschland

Der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Karl Lauterbach konstatiert in Bezug auf die ökonomischen Konditionen Deutschlands in der global geltenden Nationalstaatenkonkurrenz und das sozial selektierende gegliederte Schulsystem, das Kinder aus besitzenden deutschen Familien privilegiert: „Ein Land ohne Rohstoffe kann es sich nicht mehr leisten, dass Kinder aus Arbeiterfamilien und mit Migrantenhintergrund nicht optimal ausgebildet werden.“

Die reformistischen Forderungen, die sich daraus für die nationale Akkumulation ergeben, kamen von den Streikenden, die „[e]ine Schule für Alle“ und „[k]ostenlose Bildung“ verlangten, sind sie doch auch für „eine offene Universität für Menschen aller sozialer Schichten“. Sozialdemokratisch wurde vom Staat der gleiche Zugang aller zu Bildung und die „finanzielle Unabhängigkeit der Studierenden“ gefordert, nicht aber die auf Eigentum, allgemeiner Konkurrenz und Lohnarbeit basierende Gesellschaft kritisiert, die Klassen produziert. Die vom Gewaltmonopolisten garantierte kapitale Vergesellschaftung, durch welche den Individuen der gesellschaftliche Reichtum und stoffliche Luxus vorenthalten wird, wird so fetischistisch als gegeben angenommen.

Auch die den objektiven Verwertungszwang verwaltende Politik, die sich um den „Standort Deutschland“ und das Klassen und individuelle Bedürfnisse negierende gesellschaftlich konstruierte „Gemeinwohl“ sorgt – darunter SPD, Gewerkschaften, Grüne und Linkspartei – setzt sich für ein Bildungssystem ein, das alle Subjekte ausbildet, die potenziell kapitalproduktiv zu nutzen sind, also auch die Kinder aus Migranten- und Proletarierfamilien. So vertreten die als links geltenden Organisationen die Interessen des Staates, der Nation und des Kapitals, was von ihrem elendigen Zustand zeugt, kann es doch nicht um die Interessen Deutschlands in der globalen Konkurrenz, sondern nur um die des Individuums und dessen Befreiung von gesellschaftlichen Zwängen gehen.

Deutschland: Vor allem in der Krise klassenlos

Die Angst davor, aus der Verwertung ausgelassen und so für die bestehende Maschinerie nutzlos zu werden, nimmt in der Krise bei den voneinander isoliert und in Konkurrenz zueinander produzierenden atomisierten Subjekten zu. So zeigen sie vor allem dann ihre Orientierung an den auf Exklusivität und Biologisierung basierenden gesellschaftlichen Konstruktionen von Nation und Volk und dienen sich dem Staat an, mit dem sie identisch werden wollen.

Insbesondere die postnazistische deutsche Gesellschaft versteht sich in der Krise nicht als eine antagonistische, will sie doch gerade dann nichts anderes als ein Volk sein. So orientiert sie sich an einem autoritären Staat, der die physisch und produktiv arbeitenden deutschen

Volksgenossen und das industrielle, nationale Traditionskapital, also das klassenlose Schicksalskollektiv, vor den „gierigen Managern“, dem transnational aktiven „angloamerikanischen Finanzkapital“ und den spekulierenden „Heuschrecken aus den USA“, der imaginierten Bedrohung aus dem Ausland, und den halluzinierten Parasiten im Inland, den Unproduktiven und Illoyalen, zu verteidigen habe. Verlangt wird also nach einer organischen Einheit von Staat, Kapital und Arbeit, welche die bürgerliche Gesellschaft negativ aufhebt.

Dieser regressive staats- und arbeitsfetischistische Antikapitalismus, der personalisiert, moralisiert und die Herrschaft des Kapitals nicht als apersonale und vermittelte erkennt, bedient antiamerikanische und antisemitische Ressentiments, wenn er nicht schon direkt die Jüdinnen und Juden als die Personifizierungen des Abstrakten der modernen globalen Warenzirkulation ausmacht, von denen es das Konkrete, die physische und mit dem Boden verbundene Produktion von Gebrauchswerten, zu befreien gelte.

„Die den Verwertungsimperativen des Kapitals und den Herrschaftsimperativen des Staates gehorchende Gesellschaft bringt den Antisemitismus als wahnhaften Versuch der Konkretisierung des Abstrakten immer wieder hervor.“ (Stephan Grigat) Wenn Kapital sich nicht verwertet, also in der Krise, zeigt sich, wie irrational die Elend und Entsamung erzeugende kapitalistische Warenproduktion ist.

Die Produktivität, der konkrete Reichtum und die entwickelte Technik werden gesellschaftlich nicht genutzt, weil es zu keiner Akkumulation abstrakten Werts kommt, sind aber materiell vorhanden. So ist es, um ein Beispiel zu nennen, im Kapitalismus so, dass der mit anderen konkurrierende Produzent von Brot dieses nicht produziert, wenn es nicht als Ware Mehrwert realisierend am Markt gegen Geld, der Verdinglichung der Abstraktion, getauscht werden kann, auch wenn Menschen hungern und die Maschinerie und Naturmaterialien, um Brot zu produzieren, da sind. Der Kapitalismus ist eine Ordnung, der Hunger kein Grund zur Produktion ist.

Diese sich nicht an den Bedürfnissen der Menschen, sondern der Verwertung von Wert orientierende Produktion wird gewaltmonopolistisch vom Staat garantiert, kann dieser materiell und politisch in der globalen Nationalstaatenkonkurrenz doch auch nur existieren, wenn die nationale Kapitalakkumulation gelingt.

Dennoch verlangen Traditionen nicht die gesellschaftliche Aneignung und Planung der Produktion und die allgemeine Emanzipation von Staat, Nation, Lohnarbeit und Warenproduktion, welche die freie Assoziation unmöglich machen, sondern fordern populistisch einen autoritären Nationalstaat, der die kapitalistische Produktion und Distribution von Waren kontrolliert, also das Elend verwaltet, und nennt dies dann sozialistisch.

Zurück zum Bildungsprotest...

Bei dem Bildungsstreik wurde auch nicht der Zugang der vom Staat illegalisierten Menschen zu Bildung thematisiert, ging es doch auch darum, für eine den eigenen Wert als Arbeitskraftmaximierende Bildung zu demonstrieren. So wurde sich bei den Protesten dann auch nicht mit der Lohnarbeit auseinandergesetzt, dabei bilden Schule und Universität das variable Kapital, also die lebendige Arbeit, doch für diese aus.

Eine Kritik daran, dass die der Totalität der kapitalen Vergesellschaftung ausgesetzten bürgerlichen Subjekte, wenn sie denn keine Produktionsmaschinerie oder Kapital besitzen, nach deren Ausbildung gezwungen sind, in Konkurrenz zueinander ihre Arbeitskraft an die Charaktermasken des Kapitals zu verkaufen, um ihre Existenz zu reproduzieren, ist also nicht formuliert worden.

Eine emanzipatorische Kritik am Bildungssystem ist, so zeigt sich, nur mit einer Kritik an der auf Eigentum und Akkumulation basierenden bürgerlichen Gesellschaft zu haben, in der die formell freien und gleichen Subjekte dem objektiven Verwertungszwang und der allgemeinen Konkurrenz unterliegen.

So wird es die geforderte „ganz andere, bessere Bildung“ in der nationalstaatlich und Waren produzierend organisierten Gesellschaft, in der die Bildung an den Schulen und Universitäten vor allem eine Ausbildung zu staatsloyalen und mehrwertproduktiv zu verwertenden Arbeitskräften ist, vom Staat nicht geben.

Dass er aber dieser Ausbildung intensiver nachkommt, was ihm bei der globalen Nationalstaatenkonkurrenz, also der nationalen Akkumulation, nur nutzen kann, dafür haben sich die Bildungstreikenden eingesetzt, forderten diese doch „kleinere Klassen“ statt keine Klassen – auch die deutsche Kanzlerin Merkel sagte zuletzt, dass die Bundesrepublik zu einer „Bildungsrepublik“ werden solle.

Alles andere

Wer selbst Ideen oder Texte zu den Themen hat, soll uns einfach eine Email schicken. Wir freuen uns auch über kurze Beiträge oder Recherchen die wir in die Artikel einbauen können. D.h. wenn euch ein Thema zusagt, schreibt uns!

Jede und Jeder hat das Recht in der „Linksjugend [‘solid] Debatte“ einen Artikel zu verfassen und zu kommentieren. Leserbriefe werden ebenfalls veröffentlicht.

⇒ Bitte schickt uns hierzu eine Email mit dem Betreff „**Artikel**“ bzw. „**Leserbrief**“.

Bestellen!

Zu der kostenlosen Onlineversion als PDF kann die „Linksjugend [‘solid] Debatte“ auch gerne als Printversion bestellt und verteilt werden. Für diesen zusätzlichen Service müssen wir aber eine kleine Spende von 1,- € pro Ausgabe (Solipreis: 2,- €) verlangen. Das Geld fließt direkt in das Projekt rein (Materialkosten, zukünftige Internetunterhaltskosten, etc.)

⇒ Bitte schickt uns hierzu eine Email mit dem Betreff „**Bestellung**“.

Kontakt und Webseite

Email:

lsdebatte@googlegroups.com

Webseite:

www.lsdebatte.tk

www.lsdebatte.tk